

Einwanderung in die Schweiz im Zeitraum von 1848 bis 2003

Chronologie 1848-1914

Die Schweiz hat wie andere europäische Länder eine liberale Zulassungspolitik bei ausländischen Arbeitskräften. Ausländerinnen und Ausländer sind den Schweizern mit Ausnahme der politischen Rechte praktisch gleichgestellt. Es besteht ein dichtes Netz von sogenannten Freundschafts- und Niederlassungsverträgen, die Einbürgerung bleibt aber restriktiver und teurer als in anderen Ländern. Einzig die Sozialdemokraten sind für eine unentgeltliche Einbürgerung und die Einführung des so genannten "ius soli", was in der Schweiz geborenen Ausländerkindern automatisch das Schweizer Bürgerrecht verleihen würde.

ab 1890

Der Wirtschaftsaufschwung führt zu einer zunehmenden Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Die meisten Ausländer - vor allem Italiener und Deutsche - arbeiten auf dem Bau, im Eisenbahnbau oder in der Maschinenindustrie.

1900

Mit fast 44 Prozent aller Ausländer sind die Deutschen immer noch mit Abstand die grösste Immigrantengruppe, etwas über 30 Prozent der Ausländer sind Italiener

1914

Der Ausländerbestand erreicht mit 600'000 Personen bzw. 15,4 Prozent einen ersten Höhepunkt. Die massive Zunahme von Ausländern löst in der Schweizer Bevölkerung Ängste aus, der Begriff "Überfremdung" taucht erstmals in einem deutschen Wörterbuch und einem amtlichen Protokoll des Bundes auf.

1914-1918

Die Schweiz wird im Weltkrieg zu einem Exil-Zentrum der europäischen Linken. Sozialistische Konferenzen finden 1914 in Zimmerwald und 1916 in Kienthal statt.

1914-1945

Die Schweizer Ausländerpolitik wird restriktiver, Grenzkontrollen werden eingeführt. Ab 1915 sinkt der Ausländeranteil rapide.

1917-1918

Die Behörden ergreifen Massnahmen gegen politisch aktive Ausländer in der Schweiz: Im November 1917 wird der deutsche Sekretär der Schweizer Jungsozialisten, Willy Münzenberg, weggewiesen. Im Zusammenhang mit dem Landesstreik im Herbst 1918 müssen rund 180 Ausländer die Schweiz verlassen. Eine für "Ausländerfragen" zuständige Zentralstelle für Fremde

1920

Die so genannte "Ausländerinitiative" wird abgelehnt. Sie hatte unter anderem eine längere minimale Aufenthaltsdauer für Einbürgerungen verlangt.

1925

Die wachsende Kompetenz des Bundes in Ausländerfragen wird in der Bundesverfassung verankert, die Zuständigkeit der Kantone wird eingeschränkt (Artikel 69 der BV). Die Zeit der liberalen Ausländerpolitik ist definitiv zu Ende.

ab 1929

Wegen der Weltwirtschaftskrise steigen die Arbeitslosenzahlen, der Ausländeranteil nimmt weiter ab. Ein 1931 in Kraft getretenes Bundesgesetz erlaubt erstmals die Wegweisung ausländischer Arbeiter aus wirtschaftlichen Gründen.

ab 1933-1945

Während der Zeit des Faschismus wird die Schweizer Asylpolitik von vielen Seiten als zu restriktiv beurteilt. Vor allem Vertreter aus Polizei- und Justizkreisen befürchten eine "Verjudung" der Schweiz. Die Presse- und Meinungsfreiheit der Ausländer in der Schweiz wird faktisch aufgehoben.

1938

Deutschland führt auf Schweizer Druck hin den "Judenstempel" zur Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden ein. Die meisten Juden gelten in der Schweiz nicht als politische Flüchtlinge und haben daher kein Anrecht auf Asyl. Zwischen 1940 und Mai 1945 werden mindestens 24'000 vom Tod bedrohte Menschen abgeschoben oder bereits an der Grenze zurückgewiesen.

1939-1945

Knapp 300'000 Personen werden während des Zweiten Weltkriegs für kürzere oder längere Zeit in der Schweiz aufgenommen, davon rund 100'000 Militärpersonen aus 38 Ländern.

1941

Der Ausländeranteil erreicht mit 224'000 Personen oder 5,2 Prozent der Gesamtbevölkerung den tiefsten Stand im ganzen 20. Jahrhundert.

nach 1945

Der Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit führt zu einer grossen Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften, die Gesetzgebung wird wieder etwas liberaler und richtet sich vor allem nach dem Ausländerbedarf der Wirtschaft. Die Ausländer werden als temporäre Arbeitskräfte betrachtet, eine Integration wird nicht angestrebt (Rotationsprinzip, Ausländer als Konjunkturpuffer).

1948

Die Schweiz schliesst mit Italien einen so genannten Einwanderungsvertrag ab, der die Übernahme von italienischen Arbeitern regelt. In den kommenden Jahren werden ähnliche Verträge mit weiteren Ländern des europäischen Mittelmeerraums ratifiziert.

1949

Ein Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern (ANAV) verankert das Rotationsprinzip, inländische Arbeitskräfte sollen ausländischen vorgezogen werden. Der Familiennachzug wird erschwert.

1950-1960

Der Ausländeranteil steigt jährlich um 7,4 Prozent. 1960 wohnen 585'000 (10,8 Prozent) Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Besonders in stark industrialisierten Gegenden wie der Uhrenindustriemetropole Grenchen arbeiteten in der Nachkriegszeit viele Gastarbeiter.

1956

Nach dem gescheiterten Ungarnaufstand kommen rund 14'000 ungarische Flüchtlinge in die Schweiz, 7'000 davon lassen sich dauerhaft nieder.

1960-1963

Mit Hilfe eines Schweizer Rot-Kreuz-Delegierten fliehen rund 2'000 Tibeter über Nepal und Indien in die Schweiz. Heute leben rund 2'500 Tibeterinnen und Tibeter in der Schweiz, ein Viertel davon besitzt mittlerweile den Schweizer Pass.

1960

Fast 60 Prozent aller Ausländer sind Italiener.

1960er Jahre

Trotz restriktiverer Massnahmen wächst der Ausländeranteil vor allem aufgrund des nun häufiger erlaubten Familiennachzugs weiter. 1970 wohnt über eine Million Ausländer in der Schweiz (Gesamtbevölkerung: 6,27 Millionen). Der Wirtschaftsboom lässt nach. Der Bundesrat beschränkt zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Die Ausländerpolitik wird wieder strenger gehandhabt.

1965

Eine erste "Überfremdungsinitiative" wird lanciert, bis 1988 folgen fünf weitere ähnliche Initiativen.

1968

Nach der Niederschlagung des "Prager Frühlings" in der Tschechoslowakei finden rund 11'000 meist gut qualifizierte Tschechen und Slowaken in der Schweiz Asyl.

1970

Die zweite Überfremdungsinitiative (Schwarzenbach-Initiative) wird abgelehnt. Der Bundesrat führt die so genannte "Globalplafonierung" ein. Diese hat eine Stabilisierung des Ausländeranteils durch eine Kontrolle der Zu- und Abgänge zum Ziel. Jährliche Kontingente für Jahresaufenthalter und Saisoniers werden eingeführt.

1973

Nach dem Putsch gegen Salvador Allende in Chile machen sich in der Schweiz mehrere Gruppen für die Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen stark, 1'600 werden schliesslich aufgenommen.

1974

Die Ölkrise führt zu einer weltweiten Rezession, der Ausländeranteil nimmt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ab. 1980 wohnen noch 945'000 Ausländerinnen und Ausländer (14,8 Prozent) in der Schweiz.

1974-77

In der Schweizer Wirtschaft gehen rund 10 Prozent aller Arbeitsplätze verloren, was aber wegen der Abwanderung von rund 300'000 ausländischen Arbeitskräften kaum zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führt ("exportierte Arbeitslosigkeit").

1975

Eine Bundesratsverordnung hat die Verringerung der ausländischen Wohnbevölkerung zum Ziel.

1976

Eine Bundesratsverordnung schreibt die "Schaffung und Erhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen dem Bestand der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung" vor.

1977

Als Gegenvorschlag zu den Überfremdungsinitiativen und zur bundesrätlichen Ausländerpolitik wird von gewerkschaftlichen Kreisen die "Mitenand-Initiative" eingereicht. 1981 wird die Initiative, die eine weitgehende Gleichstellung der in der Schweiz wohnenden Ausländer mit den Schweizern gefordert hatte, vom Volk klar abgelehnt.

seit Ende der 1970er Jahre

Mehrere tausend Flüchtlinge aus Südostasien werden in der Schweiz aufgenommen. Seit den frühen 1980er Jahren wächst die Zahl der Asylgesuche, zudem nimmt die Zahl der Herkunftsländer rapide zu [Südamerika + Schwarzafrika]

1991

Der Bundesrat führt die so genannte "Drei-Kreise-Politik" ein: EU/EFTA-Bürger sollen frei, Bürger aus Ländern wie den USA, Kanada oder Australien erleichtert zugelassen werden. Bürger aus allen anderen Staaten sollen in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung in der Schweiz erhalten. 1998 wird die "Drei-Kreise-Politik" faktisch aufgegeben und die "Zwei-Kreise-Politik" der EU übernommen. Die Asylgesuche erreichen mit 40'000 pro Jahr eine Höchstmarke, gleichzeitig sinkt der Anteil positiv beurteilter Gesuche. Wegen des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien werden die jugoslawischen Asylbewerber in der Schweiz vorläufig kollektiv aufgenommen.

1991-1997

Wieder wird während Wachstumskrisen in gewissen Branchen die Reduktion der Arbeitsplätze vor allem von Ausländern getragen. 1997 arbeiten 145'000 Ausländerinnen und Ausländer weniger in der Schweiz als noch 1991. Strukturschwache Wirtschaftszweige mit vielen ausländischen Arbeitskräften wie die Maschinen- oder Textilindustrie sind besonders vom Arbeitsplätzeabbau betroffen. 1997 sind 10,7 Prozent der Ausländer arbeitslos (Schweizer 3,6). Viele Langzeitarbeitslose sind Ausländer, die auch zu tiefen Löhnen kaum mehr Arbeit finden.

1994

Die Italiener stellen mit 28 Prozent aller Ausländer immer noch die grösste Ausländergruppe, 21 Prozent aller Ausländer kommen aus Ex-Jugoslawien. Ein Bundesbeschluss zur erleichterten Einbürgerung von Zweit-Generations- AusländerInnen scheitert am Ständemehr .

2002

Eine Volksinitiative der SVP gegen "Asylrechtsmissbrauch", die unter anderem eine erleichterte Abschiebung von Asylbewerbern in Drittländer gefordert hatte, wird äusserst knapp abgelehnt.

2003

Die in einigen Schweizer Gemeinden praktizierte Einbürgerung per Volksabstimmung verstösst laut einem Bundesgerichtsentscheid gegen die Verfassung. In der Schweiz leben rund 1,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländer aus 190 Staaten, ungefähr 100'000 davon als Flüchtlinge. Knapp 24 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer kommen aus Ex-Jugoslawien, 22 Prozent aus Italien, 9 Prozent aus Portugal, 8 Prozent aus Deutschland und je rund 6 Prozent aus Spanien und der Türkei. Gut 5 Prozent kommen aus Asien, 2,4 Prozent aus Afrika.